

## **Kurzsynthese: Wie kann die Politik die zunehmende Komplexität meistern, z. B. bei Volksabstimmungen?**

«Die Politik wird immer komplexer – gerade Abstimmungsvorlagen sind für die Stimmberechtigten kaum mehr zu durchblicken»: Solche Klagen sind landauf, landab zu hören, von Gemeindepräsidentinnen, Kommunikationsspezialisten ebenso wie von Partei- bzw. Verbandsstrateginnen. Und sie haben einen wahren Kern, wie eine neue Auswertung der Universität Bern belegt: Zwar hat sich die Anzahl Abstimmungsvorlagen pro Abstimmungssonntag über die Zeit kaum verändert ([Swissvotes 2025](#)). Doch seit der Bundesrat im Jahre 1977 damit begann, jeder Vorlage behördliche Erläuterungen in Gestalt des Abstimmungsbüchleins beizufügen, müssen die Stimmberechtigten mit immer mehr Seiten zurechtkommen. Seit den frühen 2000er Jahren häufen sich Vorlagen, bei denen allein der Abstimmungstext wie bspw. ein zu revidierendes Gesetz zwischen 20 und 30 Seiten umfasst ([Freiburghaus 2025](#)) – ein Umfang, der für nicht juristisch geschulte Stimmberechtigte kaum zugänglich ist.

Aus der politikwissenschaftlichen Forschung wissen wir: Der Komplexitätsgrad einer Abstimmungsvorlage bringt handfeste Auswirkungen mit sich. Je komplexer eine Vorlage ist, desto ausgeprägter der «Status-quo-Bias» (u. a. [Hessami und Resnjanskij 2018](#)). Will heissen: Übersteigt der materielle Gehalt einer Vorlage das zumutbare Mass, klammern sich die Stimmberechtigten an das Bekannte, gegenwärtig Geltende und stemmen sich gegen Veränderung. Gerade bei weniger gut informierten Abstimmungsteilnehmer:innen sinkt die Zustimmung (Ja-Anteil; [Barber et al. 2017](#)). Und schliesslich begünstigen komplexe Abstimmungsvorlagen eine aus demokratietheoretischer Sicht problematische selektive Stimmbeteiligung: Wer sich überfordert fühlt, bleibt eher zuhause. Dies verschärft die bekannten Ungleichheiten. Denn unabhängig vom Komplexitätsgrad einer Abstimmungsvorlage nehmen besser gebildete und über ein höheres Einkommen verfügende Stimmberechtigte häufiger an Volksabstimmungen als andere, weniger privilegierte Bevölkerungsschichten ([Milic et al. 2014](#)).

Um der zunehmenden Komplexität bei Volksabstimmungen zu begegnen, liesse sich bei der Formulierung der Abstimmungsfrage ansetzen. Heute werden die bisweilen sehr umfassenden Vorlagen auf dem Abstimmungszettel bekanntlich auf eine einzige Abstimmungsfrage mit nur zwei Optionen verknüpft. Die Auswahl der Stimmberechtigten beschränkt sich darauf, zum ganzen Paket entweder «Ja» oder «Nein» sagen zu können.

Abhilfe würde das so genannte **«multi-question referendum»** schaffen, das etwa in Neuseeland oder Puerto Rico bereits erfolgreich praktiziert wurde ([Wagenaar 2019, 2020](#)). Die Grundidee des «multi-question referendum» ist simpel: Statt den Stimmberechtigten nur eine einzige Abstimmungsfrage zu unterbreiten, würde eine Vorlage in unterschiedliche Teilfragen aufgespalten. Jeder wesentliche materielle Pfeiler einer Vorlage würde den Stimmberechtigten als je separate Abstimmungsvorlage vorgelegt. Oder um dies anhand des (gescheiterten) CO<sub>2</sub>-Gesetzes zu illustrieren, das im Juni 2021 zur Abstimmung gelangte: Statt über die gesamte Gesetzesrevision mit 38 Seiten Abstimmungstext integral abzustimmen, hätten sich die Stimmberechtigten in separaten Abstimmungsfragen etwa über die (besonders kontroverse) Flugticketabgabe, die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe oder die Errichtung eines Klimafonds je separat äussern können.

Kritiker:innen mögen einwenden, dass «multi-question referendums» die Situation für die Stimmberechtigten erst recht verkomplizieren würden. Erkenntnisse aus der (Kognitions-)Psychologie und der Neuro- bzw. Hirnforschung legen das Gegenteil nahe: Erstens reduziert sich der «cognitive load» einer Entscheidung nachweislich, wenn diese in unterschiedliche Teilentscheidungen aufgeteilt wird ([Deck und Jahedi 2016](#)). Umgekehrt wachsen die mentale Anstrengung und kognitive Belastung an, wenn nur ein einziger Entscheid gefällt werden muss. Hierbei müssen eine umso grössere Menge an Informationen gleichzeitig verarbeitet und mehr Zielkonflikte auf einmal gelöst werden. Zweitens schützen «multi-question referendums» davor, dass die Stimmberechtigten der Urne aufgrund einer «Analyse-Paralyse» gänzlich fernbleiben. Dieser Zustand tritt dann auf, wenn ein Mensch wegen übermässigem Analysieren und Nachdenken unfähig wird, überhaupt eine einzelne Entscheidung zu treffen, wie sie eine einzelne Abstimmungsfrage darstellt ([Augenblick und Nicholson 2017](#)). Drittens würde ein «multi-question referendum» der menschlichen Natur und den ohnehin ablaufenden kognitiven Prozessen weitaus besser Rechnung tragen. Damit unser Gehirn nämlich überhaupt zu einer Entscheidung gelangen kann, muss es diese ohnehin zunächst in einzelne, in sich verarbeitbare Teilfragen portionieren ([Trafton 2019](#)).